

## Die militärischen Wünsche der ungarischen Parlamentsminderheit.

Um der „Demokratie“, mit welcher Bazonyis Wahlreformentwurf Ungarns Bevölkerung beglücken will, zum Siege zu verhelfen und um aus den Regierungsparteien eine wirkliche parlamentarische Mehrheit zu schmieden, bemüht sich der ungarische Ministerpräsident, in aller Geschwindigkeit nationale Errungenschaften auf militärischem Gebiete durchzusetzen. Die gemeinsame Armee, der die Monarchie ihre Behauptung in den Weltkriegsstürmen verdankt, soll ein bischen zweigeteilt werden und in eine österreichische und eine ungarische Armee zerlegt werden. Mit einem solchen Erfolge in der Tasche hofft die ungarische Regierung nicht nur, sich die fernere Gefolgschaft der Unabhängigkeitsgruppen, bezw. deren Eintritt in die neu zu schaffende große demokratische Regierungspartei zu sichern, sondern auch im Kampfe mit der Tiszaschen Arbeitspartei, also der bisherigen Mehrheit des Parlaments, die Volksstimmung der neuen Demokratie zu gewinnen. Ein vernichtenderes Urteil über den Bazonyischen Wahlreformentwurf könnte gar nicht erlassen werden als es das Eingeständnis der ungarischen Regierung ist, daß die Bevölkerung Ungarns für eine solche „Demokratie“ nur dann gewonnen werden kann, wenn sie „militärische Errungenschaften“ zum Vorspann erhält!

Neber die von Weterle zur Unterstützung der Bazonyischen Wahlreform aufgeworfenen Frage selbst ist eine ruhige leidenschaftslose Erörterung möglich. Es ist zunächst Sache und Pflicht der militärischen Fachmänner, die Wünsche der ungarischen Regierung vom militärischem Standpunkte aus zu prüfen, nämlich auf Grund der praktischen Erfahrungen im Weltkriege festzustellen, inwieweit die Wünsche der ungarischen Regierung die militärischen Interessen, also vor allem die Interessen der Reichsverteidigung berühren und etwa zu beeinträchtigen geeignet wären. Auch insoweit von dieser Seite her keine Bedenken geltend gemacht würden, wird für Änderungen auf militärischem Gebiete als einer gemeinsamen Angelegenheit die verfassungsmäßige Zustimmung Oesterreichs einzuholen sein. Sache derjenigen, die an etwaigen Änderungen interessiert sind, würde es dann sein, die zuständigen österreichischen Faktoren von der Unschädlichkeit und Erproblichkeit der gewünschten Änderungen zu überzeugen und ihre Zustimmung zu gewinnen. Wären die Dinge dann soweit, so wird zu erwägen sein, daß derartige „Freundschaften“ allenfalls wohl dem Staate Ungarn, nämlich der Gesamtbevölkerung Ungarns zugestanden werden können, nicht aber einer ungarischen Partei zur Unterstützung ihres Kampfes gegen eine andere politische Partei. Selbst wenn vom Standpunkte der Monarchie und der Krone eine solche Parteimahme, ein solcher Eingriff in die internen ungarischen Parteikämpfe, eine solche Begünstigung einer bestimmten ungarischen Parteirichtung unbedenklich wäre, könnte sie vernünftigerweise nicht zum Schaden der gemeinschaftsfreundlichen Richtung und zum Vorteil der Trennungspolitiker erfolgen, sondern nur umgekehrt. Wenn die Monarchie anfinge, überall die Trennungspolitiker auf Kosten und zum Schaden der Gemeinsamkeits- und Zusammenschlußpolitiker zu begünstigen, so wäre die unausbleibliche Folge, daß sich eben alles der Trennungspolitiker zuwendete. Das Schlussergebnis würde kaum gefallen.

Die Wiener Presse wendet sich, zumal die offiziöse, mit wachsender Schärfe gegen die Erfüllung der Weterleschen Forderungen, wobei allerdings die ausschließliche Unterstreichung der Rechte Oesterreichs und der militärischen Interessen nicht die erfolgreichste Taktik zu sein scheint. Zielführender wird es im vorliegenden Falle sein, der ungarischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß Weterles Militärprogramm rein parteipolitische Zwecke verfolgt. Schließlich sei als Kuriosität verzeichnet, daß das Wiener sozialdemokratische Organ, welches heute plötzlich die der gemeinsamen Armee drohende Gefahr entdeckt hat und zu ihrer Rettung ebenso überraschend als erfreulich laut seine antimilitaristische Stimme erhebt, die bürgerlichen deutschen Parteien „von Dobernig bis Weiskirchner“ beschuldigt, sie hätten die ganze Sache auf dem Gewissen! Die mandatspolitische Sucht, gedankenlos für alle Uebel der Welt die deutschen bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen, hat hier den Blatte einen ergötzlichen Streich gespielt.